

Die französischen Sozialisten zur Europapolitik

Autor(en): **Brügel, J.W.**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Profil : sozialdemokratische Zeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur**

Band (Jahr): **57 (1978)**

Heft 11

PDF erstellt am: **12.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-347584>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Aus der internationalen sozialistischen Bewegung

Die französischen Sozialisten zur Europapolitik

Bei der Ausarbeitung des seinerzeitigen (1972) «Gemeinsamen Programms» der französischen Sozialisten und Kommunisten erwies sich die Frage der Haltung zur Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft als eine harte Nuss. Die Sozialistische Partei war seit jeher Anhänger einer europäischen Integration, die Kommunisten haben ihre frühere negative Haltung in dieser Sache zwar aufgegeben, sind aber allem abhold, was die EG und damit die Konsolidierung der Verhältnisse in Westeuropa stärken könnte. Darum hat man sich damals bloss auf die Ausflucht geeinigt, von einer grundsätzlichen Stellungnahme zum Problem abzusehen und sich auf das Schlagwort zurückzuziehen, das geeinte Europa sollte nicht eines der Kapitalisten, sondern eines der Arbeiter sein.

Das gemeinsame Programm ist tot, der ohnehin nur auf dem Papier bestandene Block von Sozialisten und Kommunisten in Frankreich besteht nicht mehr. Aber die politischen Parteien der neuen EG-Länder stehen vor der Notwendigkeit, zur Frage des Neubeitritts Griechenlands, Portugals und Spaniens zur EG Stellung zu beziehen – sie besteht bisher aus der Bundesrepublik, Frankreich, Italien, den Benelux-Ländern, Grossbritannien, Irland und Dänemark. Die Regierungen der EG-Staaten sind ohne Rücksicht auf ihre parteipolitische Färbung für die Aufnahme der drei Länder, denen es gelungen ist, ihre Diktaturen abzuschütteln. Man sieht allgemein in ihrer Aufnahme in die EG ein Mittel zur Festigung der jungen Demokratie in diesen Ländern und einen Schritt zur Konsolidierung Europas. Nur in Frankreich gibt es bisher Widerstand gegen die Neuaufnahmen, und dieser Widerstand wird durch die Angst der französischen Landwirtschaft gespeist, dass sie durch die Aufhebung der Zollschranken und billige Importe aus den neuen Mitgliedstaaten Schaden erleiden könnte. Wegen der Einfuhr billiger italienischer Weine nach Frankreich hat es schon früher einen Aufstand der französischen Weinbauern gegeben, der zu Blutvergiessen führte. Jetzt wird die Opposition gegen die Einbeziehung von drei weiteren Ländern in Frankreich bezeichnenderweise von zwei Kräften angeheizt, die auf entgegengesetzten Polen stehen: den rechtsgerichteten Gaullisten und den Kommunisten. Letztere versuchen, in nationalistisch-egoistischem Eifer die Gaullisten noch zu überschreien. Es macht ihnen dabei gar nichts aus, dass sie durch diese Haltung zu einem Konflikt nicht nur mit den italienischen Kommunisten, sondern auch mit den spanischen Kommunisten geraten sind, die entschiedene Befürworter des EG-Eintritts von Spanien sind. Mögen die drei Parteien auch eine Art «eurokommunistischen Block» bilden, zeigt sich bei der ersten Gelegenheit doch, dass der Zusammenhang sehr brüchig ist.

In dieser Situation hatten es die französischen Sozialisten nicht leicht, zu dem Problem Stellung zu beziehen, denn es ist unleugbar, dass der

französischen Landwirtschaft aus der Einbeziehung dreier vorwiegend landwirtschaftlicher Staaten in die Gemeinschaft Gefahren drohen. Eine positive Haltung zum Anschlussproblem wäre von Gaullisten und Kommunisten demagogisch gegen die PSF ausgenützt worden. Darum hat sich die Parteiführung die Stellungnahme nicht leicht gemacht. Sie berief eine Tagung der französischen sozialistischen Parlamentarier nach dem jetzt von einer sozialistischen Gemeindeverwaltung administrierten Montpellier ein, mitten im Weinbaugebiet, in dem begreiflicherweise an dem Problem das grösste Interesse besteht. Zu der Tagung wurden 2000 Parteifunktionäre aus den vier am Mittelmeer liegenden Departements eingeladen. Neben einem Referat des Parteiführers François Mitterrand hörte die Tagung eine Rede von Georges Sutra, einem Weinbauer aus dem idyllisch gelegenen kleinen Städtchen Pézenas im Departement Hérault. Er sagte, die Sozialistische Partei sei für die Erweiterung der EG, aber sie sei nicht, wie Giscard d'Estaing, bedingungslos dafür. Ihre Bedingungen für eine positive Haltung seien die Festsetzung eines Mindestpreises für die gesamte Produktion der Mittelmeergegenden und eine entsprechende Übergangsperiode, die die Gefahren für die französische Landwirtschaft mildern würde. Mitterrand hob hervor, dass ohne die Zustimmung der französischen Sozialisten keine Parlamentsmehrheit für eine positive französische Haltung zustande kommen könne. Dem in Montpellier gefassten Beschluss sich unter gewissen Bedingungen, die erfüllt werden müssen, positiv zum Beitritt Griechenlands, Portugals und Spaniens einzustellen, kommt also grosse Bedeutung über den Rahmen der Partei hinaus zu. Die sozialistischen Parteien der anderen acht bisherigen Mitgliedstaaten nehmen zu dem Problem auch eine positive Haltung ein.

J. W. B.